

## 5. Umweltbezogener Gesundheitsschutz und Verbraucherschutz im Gesundheitswesen

### 5.1 Ausgewählte Schwerpunkte

...

#### 5.1.5 Die Patientenbeauftragte für Berlin

Der Senat von Berlin hat am 5. Oktober 2004 die Einsetzung einer Berliner Patientenbeauftragten beschlossen und im November in dieses Amt berufen. Nach der Senatsneubildung 2006 ist die Patientenbeauftragte von der Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz erneut beauftragt worden.

Bisher ist Berlin das einzige Bundesland, das ein Amt „Patientenbeauftragte“ eingerichtet hat. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit steht die *Stärkung von Patienteninteressen in Berlin* durch Dialog und fachpolitische Beratung. Zu den Aufgaben der Patientenbeauftragten gehört u. a.:

- Dokumentation von Erfahrungen und Beschwerden der Patienten und Weiterleitung der Anfragen und Beschwerden an die zuständigen Stellen.
- Unterstützung, Koordinierung und Vernetzung der vielfältigen Aktivitäten, die es in Berlin zur Patientenorientierung gibt.
- Mittlerinstanz sein zwischen den unterschiedlichen Akteuren im Gesundheitswesen, wie Patienteninitiativen, ärztlichen Organisationen, Krankenkassen und der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz.
- Bündelung der Forderungen und Kritikpunkte der Patienten und Patientinnen, dass daraus konkrete Forderungen an die Politik abgeleitet werden können.

Mit der Dokumentation und Auswertung von Beschwerden soll insbesondere die Erfahrungskompetenz von Patienten/Patientinnen und Nutzern/Nutzerinnen des Gesundheitswesens für eine Verbesserung der Versorgung verfügbar gemacht werden. Vor diesem Hintergrund berät die Patientenbeauftragte die Senatorin zu Fragen, die Patientenbelange betreffen. Ziel ist, die Rechte der Patientinnen und Patienten zu stärken und für sie mehr Transparenz im Gesundheitswesen zu schaffen. Im Sinne eines aktiven Verbraucherschutzes geht es dabei darum, für die unterschiedlichen Patientengruppen entsprechend ihrer Bedürfnisse Orientierungshilfen zu geben und Patienten in ihrer Rolle als zentrale Personen im Gesundheitswesen zu stärken und ihnen durch angemessene Information souveräne Entscheidungen zu ermöglichen. Im Mittelpunkt der aktuellen Arbeit stehen:

- Gewährleistung einer Patientensprechstunde,
- der Auftrag der Landesgesundheitskonferenz zur Schaffung einer Transparenzplattform ‚Gesundheit in Berlin‘ und die Moderation der Steuerungsgruppe Transparenzplattform,
- Mitarbeit am Klinikführer Berlin zusammen mit dem Tagesspiegel,
- Zusammenarbeit mit Patientenberatungsstellen und Patienteninitiativen,
- Erstellung von Informationsmaterial für Patienten in Berlin sowie
- eine Initiative zu mehr Qualitätstransparenz über die Situation von Patienten in Heimen.

#### 5.1.6 Verbraucherpolitik

Der Berliner Senat hat eine Neuausrichtung der Verbraucherpolitik als prioritäres Ziel seiner Regierungsrichtlinien für diese Legislaturperiode erklärt. Durch die Zusammenführung von Gesundheit, Umwelt und Ver-

Neuausrichtung der  
Verbraucherpolitik

braucherschutz werden beste Voraussetzungen für eine an der Lebenswelt der Bürger und Bürgerinnen orientierte nachhaltige Verbraucherpolitik geschaffen.

Zur Neuausrichtung der Berliner Verbraucherpolitik zählen alle entsprechenden *Sicherheits-, Rechts- und Wirtschaftsfragen*, die die Verbraucherinnen und Verbraucher unmittelbar berühren sowie die Rahmensetzungen für Rechtssicherheit, Haftungen und einen funktionierenden Wettbewerb. Verbraucherpolitik bezieht sich aber nicht nur auf das Marktgeschehen, sondern umfasst auch den *Schutz der Gesundheit*, die Aufklärung über eine gesunde Ernährung sowie den Schutz lebenswichtiger öffentlicher Güter wie Wasser, Luft und Boden. Durch verstärkte Informationen und bessere Bildung soll die Lebensqualität in der Stadt gefördert und Wirtschaftsstile geändert werden.

Gestärkt wird die neue Verbraucherpolitik durch die *Einbindung der Agrarpolitik*. Während die Agrarpolitik bundweit das Image einer Lobbypolitik für die Bauern hat, sind die Bürgerinnen und Bürger einer Großstadt allein interessiert an intakten Kulturlandschaften, sicheren und gesunden Lebensmitteln und geringen Belastungen der Umwelt durch landwirtschaftliche Produktion. Deshalb will sich die Berliner Verbraucherpolitik stärker für die Verbesserung der Lebensmittelqualität, des Tierschutzes und der Verringerung der Umweltbelastungen einsetzen und dazu beitragen, dass in Berlin zunehmend regional erzeugte und saisontypische landwirtschaftliche Produkte angeboten werden.

Die dritte Säule der Verbraucherpolitik stellt die Einbeziehung der *Tarifgenehmigung für die Abfallentsorgung, Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung* dar. Der Erhalt und die Anpassung dieser Infrastruktureinrichtungen sind mit erheblichen Aufwendungen verbunden, die ihren Preis haben. Die Beurteilung des Preises kann deshalb nicht allein nach der Höhe erfolgen, sondern muss die Versorgungssicherheit, die Qualität, die Nachhaltigkeit, die Kundenfreundlichkeit sowie die Wirtschaftlichkeit berücksichtigen. Ziel ist es dabei für Berlin dauerhaft ein hohes Ver- und Entsorgungsniveau zu gewährleisten und sicherzustellen, dass keine qualitativen oder quantitativen Engpässe entstehen.

Gegenwärtig arbeitet die Stabstelle Verbraucherpolitik insbesondere an folgenden Themen:

- Umsetzung eines *Lebensmittelmemorandums* zur Verbesserung der Lebensmittelqualität und Sicherheit,
- Umsetzung eines *Bewertungssystems für Gaststätten* und Betriebe, die Lebensmittel anbieten, mit einem „Smiley“ nach dänischem Vorbild,
- Umsetzung des *Verbraucherinformationsgesetzes* des Bundes durch eine Länderverordnung,
- Aufbau eines Schwerpunktes *Ernährungspolitik* unter Einbeziehung der Ernährungswirtschaft.